

Verordnung

Über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17.
Vom 14. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Reichszuckerstelle.

§ 1. Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker liegt der Reichszuckerstelle ob. Die Reichszuckerstelle ist eine Behörde und besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Reichskanzler zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern.

Der Vorsitzende, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt; dieser führt die Aufsicht und erläßt die näheren Bestimmungen.

II. Aufbringung des Zuckers.

§ 2. Zuckerrüben dürfen nicht verfüttert werden. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können im Einzelfall Ausnahmen hiervon zulassen.

Der Reichskanzler bestimmt, ob und in welchen Mengen Zuckerrüben zu anderen Zwecken als zur Verarbeitung auf Zucker verwendet werden dürfen.

Für die Verwendung von Zuckerrüben zur Branntweinbereitung bleibt die Verordnung über Erleichterungen für Brennereien im Betriebsjahr 1916/17 bei Verarbeitung von Rüben und Rübensäften sowie Topinamburs vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 191) maßgebend.

§ 3. Zuckerrüben dürfen nur an rübenverarbeitende Fabriken und nur zur Verarbeitung auf Zucker abgesetzt werden.

Zum Absatz an andere Stellen und für andere Zwecke bedarf es der Zustimmung der Reichszuckerstelle.

§ 4. Die Besitzer von Zuckerrüben haben auf Verlangen der Reichszuckerstelle die Rüben an die von dieser zu bestimmende Stelle zu liefern und nach deren Anweisungen zu verladen; im Vertrage, nach dessen Zuckerrüben zur Verarbeitung auf Zucker an Fabriken geliefert werden sollen, darf jedoch nicht eingegriffen werden. Die Stelle ist zur Abnahme und Bezahlung der ihr zugewiesenen Rüben verpflichtet. Der Reichskanzler bestimmt die näheren Bedingungen der Lieferung. Für die Preise bleiben die Vorschriften der Verordnung, betreffend die Preise für Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1916/17, vom 3. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 80) maßgebend.

Ueber Streitigkeiten, die sich über die Bedingungen der Lieferung ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde. Sie darf dabei die nach Abs. 1 maßgebenden Preise nicht überschreiten. Sie bestimmt, wer die varen Ausgaben des Verkehrs zu tragen hat. Auf die Anforderung der Reichszuckerstelle hin hat der Besitzer ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu liefern, der zur Abnahme Verpflichtete vorläufig den von ihm für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Werden die Rüben nicht freiwillig überlassen, so wird das Eigentum auf Antrag der Stelle, an die zu liefern ist, durch Anordnung der Reichszuckerstelle auf die Stelle übertragen. Die Anordnung ist an den Besitzer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 5. Der Reichskanzler bestimmt, in welchem Umfang Rohzucker einschließlich des Nachsergusses auf Verbrauchszucker zu verarbeiten ist oder sonst verwendet werden darf, sowie ob und in welchem Umfang Melasse zu entzuckern ist.

§ 6. Von dem im Betriebsjahr 1916/17 in den einzelnen rübenverarbeitenden Fabriken hergestellten Rohzucker sind bestimmte Hunderteile der voraussichtlichen Gewinnung von Ersterzeugnissen und Nachsergüssen (§ 7) in den einzelnen Ersteinheiten an die Verbrauchszuckerfabriken zu liefern. Die Hunderteile bestimmt der Reichskanzler.

Die Reichszuckerstelle setzt die Abgabeanteile der einzelnen rübenverarbeitenden Fabriken fest und weist den Rohzucker den einzelnen Verbrauchszuckerfabriken zu. Sie bestimmt die Menge, den Zeitpunkt und den Ort der Lieferung; sie kann Anordnungen über die Einlagerung und die Art der Beförderung treffen.

Die Mengen sind nach Bedarf abzurunden. Einzelne Rohzuckerfabriken können von der Verteilung ausgeschlossen werden.

Die Fabrikanten sind verpflichtet, den Rohzucker auf Verlangen der Reichszuckerstelle zu liefern.

§ 7. Die voraussichtliche Gewinnung wird für die einzelnen rübenverarbeitenden Fabriken von der Reichszuckerstelle festgelegt. Zu diesem Zwecke wird für die Betriebsjahre 1912/13, 1913/14 und 1914/15 die Rübenanbaufläche und die Zuckergewinning ermittelt und aus dem gefundenen Durchschnittsertrag und dem anfangs Juni 1916 angestellten Anbauanwuchs die voraussichtliche Gewinnung für das Betriebsjahr 1916/17 berechnet.

Auf Antrag wird bei der Berechnung eines der drei Jahre

ausgelassen und der Durchschnittsertrag der beiden anderen Jahre zugrunde gelegt.

Bei neuen Fabriken und solchen, die in einem der genannten drei Betriebsjahre nicht voll gearbeitet haben, wird die voraussichtliche Gewinnung nach dem Anbau für das Betriebsjahr 1916/17 durch Sachverständige auf Kosten der Fabrik geschätzt. Eine solche Schätzung erfolgt ferner auf Antrag und auf Kosten einer Rohzuckerfabrik, falls sie geltend macht, daß für das laufende Betriebsjahr eine Misernte vorliegt.

Die Reichszuckerstelle kann für die Monate Oktober, November und Dezember bestimmte Hunderteile der voraussichtlichen Gewinnung auf Grund einer Voreinschätzung verteilen.

§ 8. Der Preis des von den Rohzuckerfabriken zu liefernden Rohzuckers beträgt für Ersterzeugnis von 88 vom Hundert Ausbeute 15 Mark, für Nachserguss von 75 vom Hundert Ausbeute 13,20 Mark für 50 Kilogramm ohne Sack frei Magdeburg bei Lieferung bis 30. September 1917.

Der Reichskanzler bestimmt auf dieser Grundlage die Preise, die für die einzelnen Fabriken frei Verladeestelle gelten, sowie die Preise, die für Rohzucker gelten, der außerhalb des Standorts der Fabriken eingelagert ist.

Sinsichtlich des Preises für Rohzucker aus dem Betriebsjahr 1915/16 und aus den früheren Betriebsjahren verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Der Reichskanzler oder die von ihm bestimmte Stelle kann die näheren Abdingungen der Lieferung festsetzen, insbesondere Bestimmungen über die Stellung der Sack treffen.

§ 9. Die Verbrauchszuckerfabriken sind vorbehaltlich der Vorschrift im § 5 verpflichtet, den ihnen zugewiesenen Rohzucker abzunehmen, zu bezahlen und auf Verbrauchszucker zu verarbeiten; das gleiche gilt für die Verarbeitung von Rüben auf Verbrauchszucker, soweit sie nicht auf Rohzucker verarbeitet werden.

Die Reichszuckerstelle kann nähere Bestimmungen über die Verarbeitung treffen; sie kann insbesondere vorschreiben, welche Arten Zucker herzustellen sind.

§ 10. Rübenverarbeitende Fabriken, die im Betriebsjahr 1913/14 ihre gesamte Erzeugung auf Weißzucker verarbeitet haben, ohne fremden Rohzucker in einer 10 vom Hundert ihrer eigenen Rohzuckererzeugung übersteigenden Menge in den Fabrikbetrieb aufgenommen zu haben (rein landwirtschaftliche Weißzuckerfabriken), dürfen im Betriebsjahr 1916/17 um 56 vom Hundert mehr Verbrauchszucker herstellen und nach den Weisungen der Reichszuckerstelle in den Verkehr bringen, als sie unmittelbar oder mittelbar in 12 aufeinanderfolgenden, aus der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis zum 31. August 1914 auszuwählenden Monaten steueramtlich zum Inlandverbrauche haben abfertigen lassen, zuzüglich der versteuerten Vorräte bei Beginn und abzüglich der versteuerten Vorräte am Ende der gewählten 12 Monate.

Rübenverarbeitende Fabriken, die regelmäßig im wesentlichen nur für einen beschränkten Personenkreis, z. B. ihre Angestellten, Arbeiter und die beteiligten rübenbauenden Landwirte, Verbrauchszucker herstellen, dürfen nur 30 vom Hundert mehr Verbrauchszucker herstellen und nach den Weisungen der Reichszuckerstelle in den Verkehr bringen als im Betriebsjahr 1913/14.

Rübenverarbeitende Fabriken, die im Betriebsjahr 1913/14 Rohzucker zum Zwecke der Raffination in den Fabrikbetrieb in einer Menge aufgenommen haben, die 10 vom Hundert der in der Fabrik aus Rüben hergestellten Menge übersteigt, unterliegen keiner Beschränkung der Herstellung von Verbrauchszucker.

Rübenverarbeitende Fabriken, die im Betriebsjahr 1913/14 Rohzucker und Verbrauchszucker abgegeben haben, ohne daß der Fall von Abs. 2 oder 3 vorliegt, werden wie die im Abs. 1 bezeichneten Fabriken behandelt.

Die Reichszuckerstelle setzt die Verbrauchszuckermengen fest, die nach diesen Bestimmungen (Abs. 1 bis 4) von den einzelnen Fabriken hergestellt und in den Verkehr gebracht werden dürfen.

§ 11. Soweit die im § 10 aufgeführten Fabriken auf Grund der Berechnung des § 10 Verbrauchszucker herstellen, sind sie zur Lieferung von Rohzucker (§ 6) nicht verpflichtet.

§ 12. Die Hersteller von Verbrauchszucker dürfen Verbrauchszucker nur nach den Weisungen der Reichszuckerstelle oder gegen Bezugsschein abgeben. Sie sind verpflichtet, Zucker an die ihnen von der Reichszuckerstelle benannten Abnehmer zu liefern.

Die Reichszuckerstelle erläßt die näheren Bestimmungen; sie kann insbesondere die Bedingungen der Lieferung festsetzen.

§ 13. Der Preis für gemahlene Melis beim Verkauf durch Verbrauchszuckerfabriken ist auf der Grundlage von 26 Mark für 50 Kilogramm bei Lieferung ab Magdeburg ohne Sack einschließlich der Verbrauchssteuer festzusetzen. Der Reichskanzler bestimmt, zu welchen Preisen der Zucker von den einzelnen Verbrauchszuckerfabriken abgegeben ist, sowie die Zuschläge für die übrigen Verbrauchszuckerarten.

Bei der Festsetzung des Preises für die einzelnen Fabriken

ist der Preis des den einzelnen Fabriken zuzuteilenden Rohzuckers einschließlich der Fracht zu berücksichtigen.

Monatszuschläge werden nicht gewährt.

§ 14. Die Verbrauchs-Zuckerfabriken haben die Beträge, um die ihre Auslagen für Rohzucker einschließlich Fracht zuzüglich eines Betrages von 11 Mark für 50 Kilogramm unter den für sie geltenden Preisen von Melis (§ 13) bleiben, an eine vom Reichskanzler zu bestimmende Stelle zu zahlen. Die Stelle hat nach Maßgabe der verfügbaren Bestände den Verbrauchs-Zuckerfabriken, soweit deren Auslagen für Rohzucker einschließlich Fracht zuzüglich eines Betrages von 11 Mark für 50 Kilogramm höher sind als der für sie geltende Preis für Melis, den Unterschied zu ersetzen.

Der Reichskanzler trifft die näheren Bestimmungen.

§ 15. Erfolgt der Verkauf nicht durch eine Verbrauchs-Zuckerfabrik, so darf außer dem Preise, der für diejenige Verbrauchs-Zuckerfabrik gilt, die für den Bestimmungsort unter Berücksichtigung der Preise am frachtgünstigsten liegt, eine Vergütung für die Frachtkosten von dieser Fabrik und ein Zuschlag von höchstens 4 vom Hundert des Preises gefordert und gezahlt werden.

Diese Vorschrift gilt nicht für den Kleinverkauf. Der Reichskanzler kann Grenzen festsetzen, über die bei der Festsetzung von Kleinverkaufspreisen nicht hinausgegangen werden darf. Er kann solche Preise selbst festsetzen auch Vorschriften darüber erlassen, was als Kleinverkauf anzusehen ist.

Soweit nicht der Reichskanzler Preise festsetzt, haben die Kommunalverbände Höchstpreise für den Verkauf an die Verbraucher festzusetzen.

§ 16. Die in oder auf Grund dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516), in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar und 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25, 603) und vom 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183).

III Verbrauch von Zucker.

§ 17. Der Reichskanzler bestimmt die Grundsätze für die Bemessung des Zuckerverbrauchs der bürgerlichen Bevölkerung. Dabei ist der Bedarf für die Obstverwertung im Haushalt zu berücksichtigen.

§ 18. Die Reichszuckerstelle überweist den Kommunalverbänden Bezugscheine über die Zuckermengen, die gemäß § 17 auf jeden Kommunalverband entfallen. Die Landeszentralbehörden können besondere Vermittlungsstellen errichten, die die auf die Kommunalverbände ihres Bezirkes entfallende Gesamtmenge unterverteilen.

Die Kommunalverbände können den auf sie entfallenden Zucker selbst beziehen oder die Bezugscheine an den Handel weitergeben.

§ 19. Die Kommunalverbände haben den Verbrauch von Zucker in ihrem Bezirke zu regeln, soweit nicht die §§ 20 bis 22 Abweichungen fordern. Sie können insbesondere vorschreiben, daß Zucker an Verbraucher nur gegen Zuckerkarten abgegeben werden darf.

Der Reichskanzler kann bestimmen, wie weit die Kommunalverbände aus den nach §§ 17 und 18 auf sie entfallenden Mengen auch die Apotheken, Gasthäuser, Bäckereien und Konditoreien sowie andere Betriebe der Lebensmittelgewerbe zu versorgen haben.

Der Reichskanzler, die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können die Art der Regelung vorschreiben.

Die Verbrauchsregelung greift nicht Platz gegenüber Personen, die von den Seeresverwaltungen und der Marineverwaltung mit Zucker versorgt werden.

§ 20. Die Kommunalverbände können den Gemeinden die Regelung des Verbrauchs für den Bezirk der Gemeinde übertragen.

Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner hatten, können die Übertragung verlangen.

Soweit die Regelung den Gemeinden übertragen wird, gelten die §§ 15 (Abs. 3), 18, 19, 26, 28 und 29 für die Gemeinden entsprechend.

§ 21. Der Reichskanzler bestimmt die Grundsätze, nach denen Zucker in gewerblichen und sonstigen näher zu bezeichnenden Betrieben, mit Ausnahme der nach § 19 Abs. 2 von den Kommunalverbänden zu versorgenden Betriebe, sowie zu gewerblichen und technischen Zwecken bezogen und verwendet werden darf.

Die Reichszuckerstelle setzt danach die Bedarfsanteile fest und erteilt die erforderlichen Bezugscheine.

Handelt ein Unternehmer den nach Abs. 1 und 2 aufgestellten Grundsätzen und Bedingungen bei der Verwendung des Zuckers zuwider, so kann, vorbehaltlich der Vorschrift im § 33 Abs. 2, der Kommunalverband seine Zuckervorräte ohne Entgelt enteignen.

§ 22. Die Reichszuckerstelle erteilt die Bezugscheine für Lieferungen von Zucker an die Seeresverwaltungen und die Marineverwaltung. Der Reichskanzler trifft die näheren Bestimmungen.

§ 23. Verbrauchs-Zucker darf außer im Falle des § 12 nur gegen Bezugscheine der Reichszuckerstelle abgegeben und bezogen werden, soweit nicht die Kommunalverbände für ihren Bezirk nach § 19 ein anderes bestimmen. Der Handel mit Bezugscheinen ist verboten.

IV. Einfuhr und Durchfuhr von Zucker.

§ 24. Zuckerrüben, Rohzucker und Verbrauchs-Zucker, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind von dem Einführenden an die vom Reichskanzler zu bestimmende Stelle zu liefern.

Als Ausland gelten im Sinne dieser Vorschrift auch die besetzten Gebiete.

Der Reichskanzler trifft die näheren Bestimmungen; er kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festsetzen.

§ 25. Der Reichskanzler kann Bestimmungen über die Durchfuhr treffen.

V. Schlussbestimmungen.

§ 26. Die Kommunalverbände haben der Reichszuckerstelle auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die Reichszuckerstelle ist befugt, mit den Landesvermittlungsstellen und, wo solche nicht bestehen, mit den Kommunalverbänden unmittelbar zu verkehren.

§ 27. Die Reichszuckerstelle kann Gebühren erheben für die Verteilung und für die Zuweisung von Rohzucker, für die Festsetzung der durch die Zuckerfabriken zu verarbeitenden Mengen, für die Gestattung der Verwendung von Rohzucker, für die Ausstellung der Bezugscheine oder die sonstige Zuweisung von Verbrauchs-Zucker. Das Nähere bestimmt der Reichskanzler.

§ 28. Die Beauftragten der Reichszuckerstelle der Landeszentralbehörden und der von ihnen bestimmten Stellen sowie der Kommunalverbände sind befugt, in die Räume der ihrer Regelung unterstehenden Betriebe einzutreten, Aufschlüsse zu erholen und von Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen. Sie sind verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die hierbei zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 29. Die Unternehmer der Rohzuckerfabriken, Verbrauchs-Zuckerfabriken, ferner der Zuckerverarbeitenden Betriebe sowie die Vorstände von Vereinigungen solcher Betriebe sind verpflichtet, der Reichszuckerstelle, den Landeszentralbehörden, den von ihnen bestimmten Stellen sowie den Kommunalverbänden und ihren Beauftragten auf Verlangen Auskunft zu erteilen und Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen zu gestatten.

§ 30. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten, die ihnen durch diese Verordnung und die zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen auferlegt sind, unzuverlässig zeigen. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 31. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 32. Der Reichskanzler erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Soweit er von dieser Befugnis keinen Gebrauch macht, erlassen die Landeszentralbehörden die Bestimmungen zur Ausführung des Abschnitts III dieser Verordnung. Sie können anordnen, daß die den Kommunalverbänden und Gemeinden übertragenen Befugnisse anstatt durch die Kommunalverbände und Gemeinden durch deren Vorstand wahrgenommen werden. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, zuständige Behörde, Kommunalverband und Gemeinde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 33. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird, unbeschadet einer vermöglichen Steuerstrafe, bestraft:

1. wer unbefugt Zuckerrüben verfrachtet oder den nach § 2 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
2. wer den Vorschriften im § 3 zuwider Zuckerrüben absetzt oder der Lieferungs- und Verladebild nach § 4 nicht nachkommt;
3. wer unbefugt Rohzucker entzieht, beiseite schafft, beschädigt, zerstört, vergällt, verfrachtet oder sonst verbraucht, verarbeitet, verkauft, laßt oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt oder den nach § 5 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
4. wer den Vorschriften in den §§ 6, 9, 12 oder den auf Grund des § 8 Abs. 4, §§ 9, 12 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
5. wer den Vorschriften in den §§ 10, 23 oder den auf Grund des § 19 Abs. 1, § 20 Abs. 3, § 21 Abs. 1, §§ 23, 24, 25, 32 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
6. wer die nach § 29 erforderliche Auskunft nicht oder nicht richtig erteilt oder die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen verweigert.

Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 34. Wer der Vorschrift im § 28 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäftsaufzeichnungen oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält, wird mit Geldstrafe bis zu hundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft; die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Unternehmers ein.

§ 35. In der Liste zur Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdüngern, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) werden in Ziffer II gestrichen die Worte „Zuckerrüben, frisch oder getrocknet, Rohzucker, Nachprodukte der Zuckerfabrikation“.

§ 36. Die Verordnungen vom 8. Februar 1915 über die Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Me-

lasse (Reichs-Gesetzbl. S. 67), vom 27. Mai 1915 über Verbrauchszucker (Reichs-Gesetzbl. S. 308) in der Fassung der Verordnung vom 15. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 437), vom 3. Februar 1916 über die Verwendung von Verbrauchszucker (Reichs-Gesetzbl. S. 82), vom 10. April 1916 über den Verkehr von Verbrauchszucker (Reichs-Gesetzbl. S. 261) sowie § 1 der Verordnung über die Verteilung von Süßigkeiten und Schokolade vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821) in der Fassung der Verordnung vom 28. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 125) werden aufgehoben.

Die zur Durchführung der Verordnung vom 10. April 1916 über den Verkehr mit Verbrauchszucker erlassenen Bestimmungen bleiben bis zur Aufhebung durch die zuständigen Stellen unberührt. Zuwiderhandlungen gegen sie werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 37. Der Reichskanzler bestimmt, wann die §§ 13, 14 und 15 in Kraft treten. Die übrigen Vorschriften dieser Verordnung treten mit dem 15. September 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17.

Vom 25. September 1916.

Zur Ausführung der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 vom 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1031) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Vermittlungsstelle im Sinne von § 8 Absatz 1 der Verordnung ist die Einkaufsgesellschaft für das Großh. Hessen m. b. H. Mainz.

§ 2. Die den Kommunalverbänden und Gemeinden übertragenen Befugnisse werden statt durch die Kommunalverbände und Gemeinden durch deren Vorstand wahrgenommen.

§ 3. Höhere Verwaltungsbehörde ist der Provinzialausschuss, zuständige Behörde das Kreisamt, Kommunalverband der Kreis-, Gemeinde jeder auf Grund des § 1 der Städte- und Landgemeinverordnungen gebildete Verband.

§ 4. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 25. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Bekanntmachung

betreffend Höchstpreise für Kartoffeln. Vom 3. Oktober 1916.

Auf Grund von Artikel I der Bundesratsverordnung vom 11. November 1915 wegen Abänderung der Bundesratsverordnung über die Regelung der Kartoffelpreise vom 28. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 760), von § 4 der letztgenannten Verordnung (Reichs-Gesetzbl. S. 711) sowie auf Grund der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 13. Juli 1916 über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf (Reichs-Gesetzbl. S. 696) wird bestimmt:

§ 1. Der Höchstpreis für Kartoffeln aus der Ernte 1916 beträgt beim Verkauf durch den Kartoffelerzeuger für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 15. Februar 1917 4 Mark für den Zentner.

Der Höchstpreis gilt für Lieferung ohne Sack und für Barzahlung beim Empfang. Er schließt die Kosten des Transports bis zum nächsten Güterbahnhof und bei Wassertransport bis zur nächsten Anlegestelle des Schiffes oder Rahmes und die Kosten der Verladung ein.

Für Lieferung gefackter Kartoffeln ausschließlich Sack frei Keller des Bestellers kann höchstens ein Zuschlag von 80 Pfg. zu dem Höchstpreis von 4 Mark für den Zentner Kartoffeln gefordert werden.

§ 2. Der Zuschlag für den kommissionsweisen Verkauf für Kartoffeln darf den Höchstpreis des § 1 um 20 Pfennig für den Zentner nicht übersteigen. Hierin ist sowohl die Belohnung des Aufkäufer als der etwaige Zuschlag des Kommunalverbandes enthalten.

§ 3. Gemeinde- und Kommunalverbände sind berechtigt, Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern sind verpflichtet, Höchstpreise für den Kleinhandel mit Kartoffeln festzusetzen. Die Höchstpreisfestsetzungen sind alsbald vorzunehmen.

§ 4. Die Höchstpreisfestsetzungen für den Kleinhandel haben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in der Art zu erfolgen, daß bei einem Verkauf unter einem Zentner der Zuschlag zu dem Höchstpreis des § 1 den Betrag von 2 Mark für den Zentner als Verkaufsstelle nicht übersteigt.

§ 5. Ze 2 Abdrücke der getroffenen Höchstpreisanordnung sind dem unterzeichneten Ministerium und der Landeskartoffelstelle vorzulegen.

Darmstadt, den 3. Oktober 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Bekanntmachung.

Betr.: Das Behüten der Wiesen.

Wir sehen uns veranlaßt, die nachstehenden Bestimmungen der Wiesenpolizeiverordnung für den Kreis Gießen erneut zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen:

Artikel 11. Inwieweit es sich nicht um abgesondert gelegene Wiesen handelt, dürfen ohne besondere Genehmigung des Kreisamtes weder von den Eigentümern selbst, noch mit deren Zustimmung von Anderen behütet werden:

a) einschürige Wiesen:

1. mit Schafen vom 1. April bis 1. Oktober,

2. mit Rindvieh vom 1. April bis 1. August;

b) sonstige Wiesen:

1. mit Schafen vom 1. April bis 1. Oktober,

2. mit Rindvieh vom 15. März bis 15. September.

Grund- oder Talwiesen, die mit Bewässerungsanlagen versehen sind, dürfen bei nasser Witterung überhaupt nicht behütet werden. Im übrigen ist beim Behüten von Wiesen besonders darauf zu achten, daß die Weidetiere nicht durch Zertreten vorhandener We- und Entwässerungsgräben Schaden verursachen; erforderlichenfalls sind sie durch einfache transportable Umzäunungen von den Grabenböschungen fernzuhalten.

Artikel 12. Die Schafweide darf auf fremden Wiesen nur vom 15. Oktober bis 22. Februar oder solange harter Frost dauert, ausgeübt werden.

Artikel 13. Weideberechtigungen auf Wiesen mit anderem als Schlachtvieh dürfen nur im Herbst, und zwar vom 1. bis 15. Oktober, ausgeübt werden.

Schweine und Gänse sind von der Weide auf Wiesen ausgeschlossen.

Artikel 14. Auf Wiesenbüscheln, inwieweit sie künstliche Bewässerungsanlagen haben, darf keine Weideberechtigung ausgeübt werden.

Artikel 15. Die in Artikel 12, 13 und 14 angegebenen Verbote gelten sowohl für eigentliche Weideberechtigungen, als auch für Weidegemeinschaften und sonstige Berechtigungen.

Was das Weiden von anderen Grundstücken als Wiesen anlangt, so verweisen wir auf die Bestimmungen der Art. 2-5 des Gesetzes, den Umfang u. d. d. Weideberechtigungen betr., vom 7. Mai 1849 (in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899, Reg.-Bl. S. 754).

Gießen, den 5. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Indem wir Sie auf vorstehende Bekanntmachung hinweisen, beauftragen wir Sie, auf genaue Befolgung der oben wiedergegebenen Bestimmungen hinzuwirken und insbesondere das Feldschutzpersonal, sowie die Schäfer dementsprechend anzuweisen.

Wir machen Sie ferner darauf aufmerksam, daß bei außerordentlicher Witterung, sowie unter besonders günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Verschiebung der in Artikel 11 bis 13 festgesetzten Termine durch uns erfolgen kann. Dahingehende Anträge wären eintretendenfalls seitens des Wiesenvorstandes rechtzeitig bei uns zu stellen.

Gießen, den 5. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Das Einhalten der Tauben zur Saatzeit.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Im Hinblick darauf, daß mit allen Mitteln eine gute Feldbestellung angestrebt werden muß, wird Ihre Aufmerksamkeit auf die Bestimmung des Artikels 39 Abs. 1 Ziff. 2 des Feldstrafgesetzes vom 13. Juli 1904 (Reg.-Bl. S. 282) gelenkt und empfohlen, nach Belieben mit dem Gemeinderat das Erforderliche zu veranlassen.

Auch für Militärtauben (Tauben der Militärverwaltung und der Briestauben-Liebhaber-Vereine) ist eine Sperrzeit festzusetzen, die in diesen Fällen auch mindestens 10 Tage betragen muß.

Gießen, den 5. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Provinzialvermittlungsstelle für Ferkelverkauf.

Nach Mitteilung der Großh. Provinzialdirektion Oberhessen hat sich der Landwirtschafskammerausschuß für die Provinz Oberhessen in Gießen bereit erklärt, die Provinzialvermittlung für Ferkel zu übernehmen. Wir empfehlen, sich im Bedarfsfall (zwecks Angebots oder Nachfrage) an den Landwirtschafskammerausschuß für die Provinz Oberhessen in Gießen zu wenden.

Gießen, den 6. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl; hier: das Winterkorn.

Von dem Direktorium der Reichsgetreidekasse in Berlin sind neuerdings folgende Bestimmungen hinsichtlich der Verwendung des Winterkorns erlassen worden:

Winterkorn darf von den Landwirten weder zurückbehalten noch verschrotet oder verfüttert werden. Die Kommunalverbände dürfen dies auch nicht ausnahmsweise gestatten. Alles Winterkorn ist vielmehr an den Kommunalverband oder an die Reichsgetreidekasse abzuliefern. Erscheint Winterkorn im Einzelfalle in der Tat nicht mehr mahlfähig, so greift für seine weitere Behandlung ebenso wie für sonstiges nicht mahlfähiges Getreide bis auf weiteres das bisherige Verfahren Platz. Es ist also von Fall zu Fall unter Einbindung einer Probe und unter Angabe der in Frage kommenden Menge sowie des Besitzers vom Kommunalverband die Freigabe zu Verfütterungszwecken bei uns besonders zu beantragen. Die freigegebenen Mengen werden dem Kommunalverband, wenn sie nicht zu geringfügig sind, auf seine Ansprüche auf Futterschrot gegenüber der Reichsfuttermittelstelle angerechnet.

Es darf hiernach auch in dem laufenden Wirtschaftsjahre von den Landwirten kein Winterkorn zurückbehalten, verschrotet oder verfüttert werden.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 4. August d. Js. (Kreisblatt Nr. 89) betreffend: das Verwiegen der ausgedroschenen Getreidevorräte, Ziffer 6 der Vorschriften, wonach bestimmt ist, das erzielte Winterkorn ist ebenfalls genau zu wiegen; die ermittelte Menge ist in dem Dreischschein anzugeben. Haben die Bürgermeistereien über das bereits gewonnene und noch herzustellen Winterkorn alsbald eine alphabetisch geordnete Liste der Besitzer anzufertigen und diese nach Abschluß des Dreischgeschäfts uns vorzulegen. Der Verkauf für Rechnung des Kommunalverbands erfolgt sodann durch die Firma „Vereinigte Getreidehändler“ G. m. b. H. in Gießen. Ueber die Höhe des in diesem Jahre zu zahlenden Preises wird eine Mitteilung im Kreisblatt demnächst erfolgen.

Gießen, den 7. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Ausführung der Polizeiverordnung über das Vertilgen der Mäuse vom 19. November 1904.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Groß- Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Kundgang der Kommissionen gemäß § 3 der oben erwähnten Polizeiverordnung nunmehr alsbald stattzufinden hat. Zur Erspareung von Schreibarbeit wollen wir weiterhin versuchsweise von Vorlagen des Protokolls gemäß § 10 absehen und haben das Vertrauen, daß die Kommissionen auch ohne diese Vorlage die ihnen obliegende Tätigkeit gewissenhaft ausüben.

Gießen, den 5. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Den Termin für die Einreichung der Kirchenrechnungen für 1915.

An die Kirchenvorstände des Kreises.

Soweit Sie noch im Rückstand sind, werden Sie an die Erledigung unserer Verfügung vom 6. Juli 1916 — Kreisblatt Nr. 74 — erinnert.

Gießen, den 4. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Die Fortbildungsschule während des Krieges.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß- Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern an die Erledigung unseres übergedruckten Ausschreibens vom 18. September 1916 binnen 8 Tagen.

Gießen, den 4. Oktober 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausgabe von Süßstoff (Saccharin).

In der Zeit vom 11. bis 20. Oktober d. Js. wird gegen den Lieferungsabschnitt 2 der Süßstoffarten „S“ (blau) und „B“ (gelb) von den Süßstoffabgabestellen Süßstoff abgegeben. Ausnahmsweise gelangen wiederum zwei Brickschen bezw. zwei Schachteln auf den Abschnitt zur Ausgabe. Mit dem 21. Oktober verliert der Abschnitt 2 seine Gültigkeit. Nach diesem Zeitpunkt nicht abgetaufte Süßstoffmengen der zweiten Zuteilung dürfen von den Abgabestellen frei verkauft werden.

Gießen, den 9. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Ergänzungswahl des Kreisrats des Kreises Gießen durch die 50 Höchstbesteuerten des Kreises.

Gemäß neuerlicher Anordnung, wonach bei Ermittlung der 50 Höchstbesteuerten die wirkliche Steuerleistung als maßgebend anzusehen ist, war die Neuaufstellung des im Kreisblatt Nr. 112 vom 11. v. Mts. veröffentlichten Verzeichnisses erforderlich.

Nachstehend wird nach Art. 21 des Gesetzes betr. die innere Verwaltung und Vertretung der Kreise und der Provinzen vom 12. Juni 1874 in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1911 das neu aufgestellte Verzeichnis der persönlich oder durch Stellvertreter zur Teilnahme an der Wahl Berechtigten mit dem Anfügen bekannt gegeben, daß bei dem mit der geringsten Steuerleistung räumlich aufgenommenen sich die Jahressteuerleistung auf 3228 Mark bezieht. Anträge auf Berichtigung dieses Verzeichnisses sind binnen einer unersprechlichen Frist von vier Wochen nach Ausgabe des Blattes, in dem diese Bekanntmachung erscheint, bei dem Kreisamtschreiber des Kreises Gießen anzubringen.

Gießen, den 5. Oktober 1916.

Namens des Kreisamtschreibers des Kreises Gießen

J. B.: Langermann.

Verzeichnis

der 50 Höchstbesteuerten des Kreises Gießen im Jahre 1915,

1. Bank für Handel und Industrie, Gießen.
2. Buderus'sche Eisenwerke, Lollar.
3. Wilhelm Büding, Landgerichtsdirektor i. B., Gießen.
4. Heinrich Emmelius, Rentner, Gießen.
5. Louis Emmelius, Kommerzienrat, Fabrikant, Gießen.
6. August Frensdorff, Pferdehändler, Gießen.
7. Dr. Wilhelm Gail, Geh. Kommerzienrat, Gießen.
8. Firma Georg Philipp Gail, Gießen.
9. Dr. jur. Georg Gail, Gießen.
10. Gewerbebank G. m. b. H., Gießen.
11. Gewerkschaft Giesener Braunkohlenbergwerke, Gießen.
12. Gewerkschaft Friedrich, Hungen.
13. Großh. Landeseigentum.
14. Jakob Grünwald, Hofrat, Gießen.
15. Siegmund Heidehalm, Geh. Kommerzienrat, Gießen.
16. Albert Heidehalm, Bankdirektor, Gießen.
17. Heiligenhaedt & Co., A.-G., Maschinenfabrik, Gießen.
18. Louis Heiligenhaedt, Kommerzienrats Wtw., Gießen.
19. Konrad Heinrich Christian Hring, Vich.
20. Kgl. Preuss. Eisenbahndirektion.
21. Richard Lange, Buchdruckerbesitzer, Gießen.
22. A. Laubenheimer, Professor Dr., Geh. Reg.-Rat Wtw., Gießen.
23. Dr. Ernst Leuter, Professor, Gießen.
24. Mitteldeutsche Kreditbank, Filiale Gießen, Gießen.
25. Karl Müller, Dekonomie-Rat, Leihgebern.
26. Ernst Niemann, Gießen.
27. Dr. Ernst Obitz, Universitätsprofessor, Gießen.
28. Johann Georg Pfaff I., Gießen.
29. Konrad Wilhelm Poppe, Gießen.
30. Dr. Peter Poppe, Universitätsprofessor, Gießen.
31. Ludwig Rinn XIX., Heidehalm.
32. Firma Rinn & Cloos, Heidehalm.
33. Eduard Sad II., Gießen.
34. Firma Heinrich Schaffstädt G. m. b. H., Gießen.
35. Graf Eberhard von Schwerin, Inhaber des von Norddeutscher Rheingau'schen Familienidealkommission des Appenbörner Hauses Friedelhausen.
36. Theodor Schwieber, Gießen.
37. Wilhelm Seipp II., Gießen.
38. Julius Siegel, in Firma J. Schmäder Nachf., Gießen.
39. Firma Wilhelm und Georg Schuchard, Gießen.
40. Standesherrschaft Solms-Hohensolms-Vich, Vich.
41. Ihre Durchlaucht Prinzessin Louis zu Solms-Hohensolms-Vich, Vich.
42. Standesherrschaft Solms-Braunfels, Braunfels.
43. Ihre Durchlaucht Prinzessin Hermann zu Solms-Braunfels, Braunfels.
44. Standesherrschaft Solms-Laubach, Laubach.
45. Dr. Hans Strahl, Universitätsprofessor, Geh. Med.-Rat, Gießen.
46. Hermann Spamer, Rentner Wtw., Gießen.
47. Georg Throm, Fabrikant, Gießen.
48. Dr. Fritz Voit, Professor, Gießen.
49. Erich Wasserschleben, Gießen.
50. Heinrich Wilm, Gießen.

Betr.: Mitversehen von Schulstellen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 17. Juli l. Js., betr. Vertretungen, abgedruckt im Kreisblatt Nr. 80 vom 21. Juli l. Js., ersuchen wir um sofortige Einbindung der dort verlangten Verzeichnisse, soweit es noch nicht geschehen ist. Die in Betracht kommenden Lehrer sind auf Vorstehendes hinzuweisen.

Gießen, den 5. Oktober 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Ufinger.